

Mit Rainer Haase über guten Abend. Da kriegen Israel wie gehabt. Israel bombardiert, aber noch keine Bodenoffensive. Es wurden immer mehr schreckliche Details, der Angriffe, der Hamas bekannt und Bundeskanzler Nehammer wird morgen nach Israel fliegen. Ganz anders, aber auch alles wie gehabt. Der Alltag in Österreich, 11 Prozent mehr Lohnforan, heute auch die Handelsangestellten, so wie bei den Metallern, sind auch da schwierige Gespräche zu erwarten. Schlechte Arbeitsbedingungen im Kindergarten und Freizeitpädagogik-Bereiche wurde heute demonstriert. Große Unzufriedenheit, nach wie vor in der Ärzteschaft. Die will auch streiken, aber erst am 4. November. Und man kann auch auf alle Fälle streiken, auch wenn Mann, in dem Fall Frau, im internationalen Vergleich sehr gut da, nämlich an der Spitze steht in Island, nämlich da haben die Frauen für Gleichstellung gestreikt. Gut da stehen, in der Statistik ist nämlich das eine, die Realität, aber eine andere sagen die Islanderinnen. Und wie das Wetter aussehen wird, weiß Manuel Oberober. Am stärksten regnet es derzeit immer noch in Vorarlberg und in Kärnten. Über

60 Liter Regen pro Quadratmeter sind schon in Dellach im Drauteil gefallen. Heute Abend breiten sich die Regenschauer auf fast ganz Österreich aus. Morgen am Mittwoch ist es dann nur mal vereinzelt nass, von Vorarlberg bis Kärnten. Und es gibt eine Mischung aus Wolken und Sonnenschein.

Dichter sind die Wolken im Süden, mehr Sonne geht sich entlang der Donau aus. Der Wind wird im Laufe des Tages schwächer, die Höchstwerte liegen meist zwischen 12 und 18 Grad. Und auch am Nationalfeiertag wechseln Sonne, Wolken und Schauer und es bleibt relativ mild.

Israels Luftwaffe hat heute weiter Hamas Ziel im Gasestreifen bombardiert, 17 Tage nach der Hamas Terror-Tag mit 1400 Toten und 220 Verschleppten. Hat die israelische Armee laut eigenen Angaben mehrere Kommandanten der Terror-Organisation getötet. Gestern hat die Hamas zwei ältere Frauen aus der Geiselhaft entlassen, berichtet Tim Kubal aus Tel Aviv.

Erst wurden wir geschlagen, dann gut behandelt, erzählt Joche Wettliefsschitz, die 85-jährige ist beim Überfall auf das Geburtstier aus über ein Motorrad geworfen und von zwei Hamas-Theoristen nach Gaza verschleppt worden, direkt ins Tunnelsystem unter dem nördlichen Gasestreifen, riesig wie ein Spinnennetzer, klärt ihre Tochter. Die Terroristen waren offenbar auf Geiseln vorbereitet. Wir waren zu fünft und jeder von uns hatte einen Aufpasser, sie haben uns gut behandelt. Die 85-jährige ist gestern Abend gemeinsam mit der 79-jährigen Nourid Kubal aus der Gewalt der Hamas freigelassen und anschließend in eine Klinik nach Tel Aviv gebracht worden, offenbar nach direkten Gesprächen des Emirats-Katter mit den Terroristen. Die Ehemänner der beiden sind nach wie vor in Geiselhaft in Gaza.

Im nördlichen Gasestreifen spitzt sich die Lage für die Menschen unter dessen stündlich zusagt Brian Lander von der Welternährungsorganisation. Wir wissen, dass die Menschen dringend Wasserbrauch

und Nahrung überlebenswichtig ist. Die Hilfslieferungen, die bisher über den ägyptischen Grenzübergang Raffach den Süden des Gasestreifens erreicht hätten, seien bei weitem nicht ausreichend. In Flugblättern fordert die israelische Medienbevölkerung auf Informationen über die mehr als 220 verschleppten Geiseln zu melden. Nur gegen Treibstoff würden

weitere Geiselfreilassungen erfolgen, heißt es heute von der Terrororganisation Hamas für Israel und die USA kommt das nicht in Frage.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron gibt Israel bei seinem Blitzbesuch. Heute Rückendeckung

fordert aber zugleich Schutz für die Zivilbevölkerung in Gaza. Morgen wird Österreichs Bundeskanzler

Karl Nehammer, ÖVP hier in Israel zu einem Solidaritätsbesuch eintreffen.

Berichtet Tim Koopal aus Tel Aviv und damit nach Wien. Dort waren heute viele Kindergärten und Forze geschlossen. Private Einrichtungen haben überhaupt nicht aufgesperrt. Städtisch einen Notbetrieb angeboten, denn Tausende Kindergärtnerinnen und Pädagoginnen haben demonstriert, wenn sich für die Beschäftigten nichts verbessert, werde sich der schon jetzt der gute Personalmangel noch weiter verschärfen, so der Tenor berichtet Barbara Ganzfuß. Unsere Kinder sind unsere Zukunft und das müssen sich die Bundesregierung hinter die Ohren schreiben. Mehr Zeit, mehr Geld, mehr Personal, das fordern heute viele, die in Kinderbetreuungseinrichtungen beschäftigt sind.

Durch einen besseren Personalschlüssel, kleinere Gruppen, bessere Förderung, dann die Integration ist auch ein Riesenthema. Es gibt kaum, es gibt viel zu wenig Integrationsplätze zum Beispiel. Schon seit sehr vielen Jahren seien die Arbeitsbedingungen schlecht.

Wir haben 600 Leute zu wenig am Personal und es werden Häuser aufgesperrt und Campus eröffnet und da gibt es keine Kinder und keine Leute, weil es kein Personal da ist.

Und viele der derzeit Beschäftigten halten nicht mehr lange durch, heißt es.

Auf eine Pädagogin oder einem Pädagogen kommen 25 Kinder und das ist einfach zu viel um pädagogisch wertvoll arbeiten zu können.

Wir haben sehr hohe Krankenstandszahlen, die Kolleginnen gehen ganz einfach dann auch aus dem Feld raus, weil sie es ganz einfach für sich nicht mehr gesund empfinden.

Bundeskanzler Karl Nehammer hat zuletzt 4,5 Milliarden bis 2030 für diesen Bereich angekündigt. Das können nur ein Anfang sein, so die Betroffenen.

Der Auftrag zu den Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 430.000 Angestellten im Einzelgroß und KFC-Tandel ist heute ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Die Arbeitgeber haben das heute getroffen abgebrochen.

Die Gewerkschaft fordert 11 Prozent mehr Lohn und einen Fixbetrag von 200 Euro für Lehrlinge.

Die Arbeitgeber verweisen auf die wirtschaftlich schwierigste Lage in den letzten 40 Jahren, berichtet Hannah Sommersacher.

Die erste Runde der KV-Verhandlungen im Handel endet ohne Ergebnis.

Arbeitgeber, Chefverhandler Rainer Treffelig.

Wir haben entsprechend dargelegt, dass wir hoffen, dass wir bei der nächsten Runde alle die wirtschaftlichen Realitäten anerkennen, uns gemeinsam darauf bewegen und sagen, okay, wie können wir diese schwierige Situation lösen.

Die Gewerkschaft spricht von unfähigem Verhalten.

Chefverhandlerin Helga Fichtinger hatte zuvor die Forderung überreicht.

Neben zusätzlichen Erholungstagen und Gesprächen über eine Arbeitszeitverkürzung verlangt die Gewerkschaft 11 Prozent Lohn plus für die Beschäftigten im Handel.

Die Beschäftigten im Handel haben viel geleistet.

Die letzten 12 Monate waren wieder sehr herausfordernd.

Und einfach aus Grund dessen, dass sozusagen viel Personalknappheit besteht.

Da an das Einspringen ist es nur gerechtfertigt, diese 11 Prozent zu fordern.

Ein Abschluss unter der holierenden Inflation von 9,2 Prozent sei ausgeschlossen.

Es braucht ein echtes Lohn plus, davon habe auch die Wirtschaft etwas.

Die Behälte im Handel sind nicht sehr hoch.

Daher kann man, wenn man das umrechnet, bildlich gesprochen, fließt tatsächlich fast 100 Prozent wieder unmittelbar in den Konsum zurück. Arbeitgeberschäferhändler Treffelig verweist auf die schlechte wirtschaftliche Lage und die vielen Unternehmensinsolvenzen im Handel.

Und?

Die Abschlüsse im Handel determinieren auch gesamtwirtschaftlich die Rahmensetting der Inflation.

Das heißt, es läuft auch die Gefahr, dass wir die Inflationsdynamik hier weiter befeuern.

Genau darauf müssen wir auch aufpassen.

Auch eine Arbeitszeitverkürzung erteilt Treffelig eine Absage.

Der Obmann der Handelssparte in der Wirtschaftskammer verweist erneut auf die Möglichkeit steuer- und abgabenfreier Prämien.

Es brauche kreative Lösungen.

Die Gewerkschaft kündigt Betriebsversammlungen Anfang November an.

Das Arbeitsmarktseer bestattet nun eine Kampagne um mehr Unternehmen dazu zu bringen bei der Personalauswahl ein wenig flexibler zu werden.

Denn ein Experiment hat gezeigt,

dass Personen, die älterst 50 Jahre sind, schon alleine wegen ihres Alters schlechtere Jobchancen haben, berichtet Maria Kern.

Bei dem Experiment, das das Sorra-Institut für das AMS durchgeführt hat, wurden an zahlreiche Unternehmen jeweils zwei fast idente Bewerbungen geschickt.

Das heißt Ausbildung, Geschlecht, Wohnort etc. waren jeweils gleich.

Nur das Alter war unterschiedlich.

Ein Bewerber war etwa 34 Jahre alt, der zweite 52 Jahre alt.

Daniel Schönherr von Sorra erklärt.

Getestet haben wir 200 Unternehmen.

Von diesen haben 24 nur den jüngeren Kandidaten oder die jüngeren Kandidaten eingeladen, aber den älteren Bewerber, die ältere Bewerberin nicht.

Bei 12 Prozent der Bewerbungen lag also eine Diskriminierung aufgrund des Alters vor.

In einem zweiten Teil des Experiments wurde abgetestet, wie die Jobchancen von Langzeitarbeitslosen sind.

Es wurden konkret Bewerbungen von fiktiven Personen verglichen, die seit mehr als einem Jahr keinen Job haben, mit fiktiven Personen, die erst seit drei Monaten arbeitslos sind.

Dabei wurde bei sieben Prozent der Bewerbungen eine Diskriminierung festgestellt.

Das AMS startet nun eine Kampagne,

die die Unternehmen zu mehr Offenheit bei der Personalsuche animieren soll.

AMS-Chef Johannes Kopf.

Wir wollen sagen, hey, Freunde, da ist ein Potenzial da, das ihr nicht nützt.

Beim AMS sind derzeit mehr als 76.000 Personen registriert, die 50 Jahre oder älter sind.

Die industriellen Vereinigung sieht schlechte Chancen

für die heimische Industrie, also schlechte Aussichten.  
Anders als die Wissenschaftler von WIFU und IHS  
sieht die IV in Kollektivvertragsverhandlungszeiten  
keine mildere Zäsion, sondern eine ernsthafte.  
Und zwar so ernsthaft wie seit dem Zweiten Weltkrieg.  
Nicht mehr sagt die IV, die mit einem Aufschwung aber schon auch rechnet,  
erst im kommenden Frühjahr berichtet Volk Obermeier.  
Die Industriellen Vereinigung erwartet,  
dass die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr zwischen 0,7% und 1% abnimmt,  
Chefökonom Christian Hellmannstein.  
Das heißt, es wurde sich dementsprechend um die stärkste normalzügliche Rezession  
seit dem Zweiten Weltkrieg.  
Handeln von Miltheit keine Spur.  
Als Grund für den Rückgang der Wirtschaftsleistung  
nennt die IV einen anhaltenden Verlust an Wettbewerbsfähigkeit des Standorts,  
der auf weite Teile der Wirtschaft ausstrahle.  
In Österreich sowie bei unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland  
sei die Rezession im internationalen Vergleich besonders negativ ausgeprägt.  
Als schlechtwertet die IV die Stimmung in der Branche,  
die Erwartungen für die kommenden sechs Monate sein fast zu niedrig,  
wie beim ersten Corona-Lockdown vor drei Jahren.  
Die Wiener Spitalsärztinnen und Ärzte werden am 4. Dezember an einem Protestmarsch durch die  
Innenstadt machen,  
wenn unmotiv die Arbeitsbediener zu äußern die Notversorgung werden.  
Gewehrleistet sein und die Ärztekammer üb Kritik an der Stadt,  
die nicht zu konstruktiven Gesprächen bereit sein,  
Berichte aus Wien, Katharina Pavowsky.  
Es reicht den Wiener Spitalsärztin Beton Stefan Ferentze,  
ob man der Kurie angestellte Ärzte in der Wiener Ärztekammer seit einem Jahr  
mache die Stadtpolitik nichts.  
Deswegen sei der Protestmarsch am 4. Dezember ein Ultimatum an die Stadt.  
Wenn nach diesem Protestmarsch nichts passiert,  
dann werden wir die Kampfmaßnahmen ausweiten  
und dann wird es auch zu Streiks während der Kehren-Arbeitszeit kommen.  
Gefordert werden 30% mehr Personal und entsprechend weniger Bürokratie,  
um mehr Zeit für die Patienten zu haben.  
Gesundheitsstadtrat Peter Hacker, SBO, in einer schriftlichen Stellungnahme dazu.  
Er gehe davon aus, wenn die Ärztekammer 30% mehr Ärzte fordert,  
dass sie nun ihren Widerstand gegen die Ausbildung von mehr Ärzten aufgibt.  
Außerdem gebe es keine Verhandlungen mit der Kammer,  
weil sie nicht die gewählte Personalvertretung ist.  
Die Neos starten einen neuen Vorstoß beim Wahlrecht für EU-Bürgerinnen  
und Bürger.  
Konkret wollen sie, dass Menschen aus der EU, die seit einem halben Jahr

in Österreich leben, auch auf nationale Ebene wählen können.  
Einen Antrag dazu wollen die Neos bei der morgigen Sondersitzung im Parlament einbringen, berichtet Eva Haslinger.  
Derzeit dürfen EU-Bürgerinnen und Bürger hierzulande nur auf Gemeindeebene wählen, in Wien auf Bezirks-Ebene, nicht allerdings auf nationaler Ebene.  
Österreich könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen, so partei-Chef im Beate Meinl-Reisinger.  
Wahl heißt Freiheit und Teil habe an einer Gesellschaft.  
Es ist auch eine Willensbekundung, Teil dieser neuen Heimat, dieser Gesellschaft zu sein.  
Derzeit leben rund 860.000 EU-Bürgerinnen und Bürger ohne österreichischen Pass in Österreich, so die Neos.  
Der Wiener Vize-Bürgermeister Christoph Wiederkehr.  
Wenn man hier lebt, hier den Lebensmittelpunkt hat, soll man auch die Stadt mitbestimmen können.  
Und deshalb unser Ansatz als Neos, ein Wahlrecht für alle EU-Bürgerinnen ab zumindest aus einem halben Jahr zu ermöglichen.  
Einen entsprechenden Antrag wollen die Neos morgen im Nationalrat einbringen.  
In den demokratischen Strukturen Österreichs gibt es noch viel Verbesserungsbedarf, belegt daher zum zweiten Mal berechnete Demokratieindex.  
Dem ist ja, wie weit Österreich vom Idealzustand an einer liberalen Demokratie entfernt ist.  
Und mit rund 57% über alle sieben Säulen, wie exekutive Parlament oder Justiz etwa, also noch recht weit entfernt.  
Massive Verschlechterungen hat es im Beobachtungsjahr in den Bereichen Grundrechte und Medien gegeben, berichtet Stefan Kappacher.  
Den Verschlechterungen stehen Verbesserungen bei Parteienfinanzierung und Antikorruption gegenüber.  
Aber in Summe ist der Demokratieindex ganz leicht eben auf 57% gesunken.  
Lüse Wernisch, liebe ich vom Verein Demokratieindex, bringt das aktuelle Beispiel der Femizide, wo die regierungstrukturelle Gegenmaßnahmen vermissen lassen.  
Das hört sich jetzt vielleicht sehr hart an, aber dadurch, dass gegen Femizide keine rechtlichen und wirksamen Maßnahmen gesetzt werden, verletzt Österreich tagtäglich das Grundrecht von Frauen auf körperliche Unversehrtheit und Leben.

Bei den Grundrechten und gleich minus 7% im Bereich Medien.  
Besonders auffällig hier das mangelnde Bewusstsein  
von Amtsträgern für die Pressefreiheit.  
Matthias Zoya vom Presseclub Concordia  
nennt das Beispiel des Journalisten Franz Miklaus,  
der Missstände in der Klagenfuhr der Stadtverwaltung aufgedeckt hat,  
worauf die Justiz gegen ihn vorging und Laptop  
und Handy beschlagnahmte.  
Die Ermittlungen wurden nach einem Aufschrei  
der Zivilgesellschaft rasch eingestellt.  
Aber es hätte niemals passieren dürfen.  
Dass das passiert ist, ist ein eindeutiges Alarmsignal.  
Es zeigt, dass österreichische Behörden  
für die Pressefreiheit sensibilisiert werden müssen.  
Sagt Matthias Zoya.  
Und das gilt ja auch für Parteien, die Journalisten diskreditieren,  
vor allem die FPÖ, aber auch die ÖVP  
und zuletzt die Wiener SPÖ  
in Zusammenhang mit der Kleingardner-Fähre.  
Und minus wie viele in Sachen Antisemitismus  
ist jetzt auch ein wenig die Frage  
nach den letzten Vorkommnissen in Wien.  
Nämlich schon in anderen Städten.  
Und Alexander van der Bellen, also der Bundespräsident,  
sieht jedenfalls einigen Handlungsbedarf.  
Handlungsbedarf besteht jedenfalls,  
was den Schutz jüdischer Einrichtungen betrifft,  
die offenbar Tag und Nacht bewacht werden müssen,  
um sie vor Vandalenakten zu schützen.  
Ich würde einmal sagen, es waren ja jetzt ganz junge Leute,  
die die Fahne Israels heruntergerissen haben.  
Ich hoffe einmal, sie waren sich nicht bewusst, was sie da machen.  
Weil diese Fahne ist ein Symbol.  
Ein Symbol für Israel.  
Und Israel wiederum ist ein Symbol,  
oder ist der Zufluchtsort für den Fall,  
dass alles schiefgeht sozusagen.  
Ein Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden  
aus allen Ländern dieser Welt.  
Und insofern muss man gerade bei diesem Symbol  
sehr vorsichtig sein und Hände weg davon lassen.  
Sagt der Bundespräsident  
zu den letzten antisemitischen Vorfällen in Österreich.  
1815 übrigens, mittlerweile, wir gehen nach Brüssel.

Die geplanten schärferen EU-Regeln für Spritzmittel in der Landwirtschaft werden konkreter. Der Einsatz soll jetzt bis 2030 halbiert werden. Das hat der zuständige EU-Umweltausschuss im EU-Parlament heute festgelegt. Aber Verhandlungen mit den EU-Ländern müssen erst folgen. Besonders umstritten waren Regeln für sensible Gebiete. Wie etwa die Weinbauregion Wachau berichtet das Brüsseler auf Elerscheidreiter. Und als sensibles Natura 2000-Gebiet. Wenn Wein oder Marillenbauern in der Wachau künftig gegen Schädlinge spritzen, dann sollen sie das grundsätzlich nur mehr mit Biopestiziden dürfen. Ausnahmen, um in sensiblen Gebieten mit chemischen Mitteln zu spritzen. Diese Ausnahmen können die EU-Länder aber selbst anordnen. Schildert die grüne EU-Abgeordnete Sarah Wiener, die für das EU-Parlament die neuen Regeln verhandelt. Damit wirklich jeder Winzer, jeder Kartoffelbauer, wenn er keine Alternative hat zu chemischen Pestiziden, diese einsetzen darf. Das muss aber natürlich auch jedes Land für sich entscheiden und wird es auch wissen, was es machen muss. In Summe sollen bis 2030 nur mehr halb so viele chemische Spritzmittel auf Feldern und Äckern landen. Dieses Ziel gilt aber nicht für jeden einzelnen Bauern, sondern umgelegt auf jedes EU-Land. Und das verpflichtend. EU-Länder müssen dafür nationale Reduktionspläne erarbeiten. Bevor die EU-Weitenregeln in Kraft treten, muss das EU-Parlament die Details noch mit den EU-Ländern verhandeln. Der zuständige Umweltausschuss des EU-Parlaments hat sich auf der anderen Seite heute dafür ausgesprochen, das umstrittene Spritzmittel Glyphosat weiter in der EU zuzulassen. Diese Meinung ist allerdings nicht bindend. Entscheidend müssen die EU-Länder, die haben zuletzt keine Position gefunden und beraten noch einmal im November. Werde ich der Trafäler scheitert aus Brüssel. Vier Monate nach seinem Amtsantritt des Bulgariens Premierminister Nikolaj Denkow hatte erstmals nach Österreich gereist. Hauptthema des Besuchs bei Bundeskanzler Nehammer war der Streit um den Schengen bei Tritts Bulgariens. Schissrach hat ja im vergangenen Dezember ein Veto gegen die Aufnahme Bulgariens in den Schengenraum eingelegt, wie Paul Kriser berichtet.

Mit militärischen Ehren empfängt Bundeskanzler Karl Nehammer seinen bulgarischen Staatsgast am Wiener Ballhausplatz. Premierminister Nikolaj Denkow ist in besonderer Mission nach Österreich gereist. Er will Österreichs Nein zu einem Schengenbeitritt Bulgariens aufweichen. Eine Aufnahme seines Landes in das Schengenabkommen über den freien Personen- und Warenverkehr in Europa hätte auch für Österreich Vorteile argumentiert Denkow im ORF-Interview. Wir könnten durch einen Beitritt zum Schengenraum künftig mehr Kräfte von unseren EU-Binnengrenzen mit unseren Nachbarländern abziehen und an die EU Außengrenze verlegen. Dadurch werden die europäischen Grenzen noch besser geschützt als bisher. Bundeskanzler Karl Nehammer von der ÖVP war bisher für diese Argumentation nicht zu gewinnen. Vergangenen Dezember hat Österreich gemeinsam mit den Niederlanden den lange vorbereiteten Schengenbeitritt der EU-Staaten Bulgarien und Rumänien überraschend blockiert. Wegen Bedenken, dass eine Erweiterung des Schengenraums die irreguläre Migration über den Balkan fördern würde. Diese Position wiederholt Nehammer auch bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am Nachmittag. Österreich hat hier eine klare Position, dass derzeit eine Schengenerweiterung nicht stattfinden kann. Das ist keine Position und das betone ich ausdrücklich gegen Bulgarien oder Rumänien. Das ist eine sicherheitspolizeiliche Position. Bulgariens Premierminister dürfte Österreich ohne greifbare Ergebnisse verlassen. Bis zum EU-Gipfel im Dezember hofft das osteuropäische Land auf ein Umdenken Österreichs. Island gilt international das gerade zuvor bildlich für die Gleichberechtigung. Trotzdem findet dort derzeit ein 24-stündiger Frauenstreik statt, bei dem auch Islands Premierministerin mitmacht. Islands Frauen sagen und haben durchaus auch ein paar Zahlen dazu, dass noch einiges auch in Island bis zur vollen Gleichberechtigung zu tun ist, berichtet Susanne Neverklar. Schulen geschlossen, im Radio nur Männer stimmen, unterbesetzte Spitäler, Verkehrsbehinderungen im öffentlichen Verkehr, in Island streiken heute die Frauen. Immer noch gibt es Bereiche, wo Frauen um 21% weniger verdienen als Männer. Wir Frauen leisten den Großteil der unbezahlten Arbeit zu Hause für Kinder und Pflegebedürftige Verwandte. Thema sei aber auch die Gewalt gegen Frauen, sagt eine der Organisatorinnen des Streiks, Freya Stengrims Dottir. Fast 50 Jahre ist es her,

als 90% aller Frauen Islands sich an einer historischen Streikaktion für die Gleichberechtigung von Frauen beteiligten. Seither hat sich Island zum großen Vorbild für Gleichberechtigung entwickelt. Gerade als Vorbild wolle man in Island weitermachen, bis die volle Gleichberechtigung erreicht sei. Geben sich Islands Frauen entschlossen. In der Nachösterreich nun um 18.20 Uhr im Fall von gefälschten Abnehmerspritzen hat die Staatsanwaltschaft Steier Ermittlungen eingeleitet und heute wurden auch schon 6 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Anders war der Fall einer Salzburgerin, die eine gefälschte Abnehmerspritze des Diabetes-Medikaments OZM-Pick verkauft wurde. Wie biatete Masowitsch berichtet. Die Staatsanwaltschaft Steier führt die Ermittlungen. Sie hat 6 Hausdurchsuchungen bei Privatpersonen in Betriebsräumlichkeiten durchgeführt. Die Ermittlungen richten sich unter anderem gegen jene Firma, die das gefälschte Medikament zugeliefert haben soll. Und zwar an einen Schönheitschirurgen, der wiederum der Salzburgerin das Medikament zum Abnehmern verschrieben hat. Ob noch mehr gefälschte Abnehmerspritze im Umlauf sind, sei noch nicht bekannt. Die Ermittler vom Bundeskriminalamt gehen davon aus, dass es mehrere Betroffene geben könnte. Bekannt ist der Fall jener Salzburgerin, die alles ins Rollen gebracht hat. Sie hat von dem Medikament gehört und die Rückenrat geholt, sagt ihre Anwältin Lisa Holzmann. Und hat zum damaligen Zeitpunkt ein leichtes Übergewicht, aber sonst keine Erkrankung gehabt. Das sei verantwortungslos. Als Arzt haftungsrechtlichen Gründen wäre das jedenfalls unzulässig gewesen, dieser Patientin im sogenannten Off-Label-Noose dieses Medikament zu verschreiben. Auf Label-Anwendung ist es deshalb, bei OZM-Pickers Abnehmmittel nicht zugelassen ist. Mit dem gefälschten Mittel dürfte Insulin drinnen gewesen sein. Das könne man aus den Symptomen schließen, mit denen die Salzburgerin ins Spital eingeliefert wurde. Insulin ist für Menschen, die nicht an Diabetes leiden, lebensbedrohlich. OZM-Pick wird sehr teuer verkauft.

Die Salzburgerin hat zuletzt 500 Euro für eine Spritze bezahlt.  
Beherrlichte Thomasowitsch bei einer Kollision  
zweier Fracht in der Deutschen Bucht  
vor der Insel Helgoland ist eines der Schiefe gesunken.  
In der unmittelbar nach dem Unglück eingeleiteten Suchaktion  
sind zwei Seeleute gerettet.  
Ein Mann wurde allerdings nur totgeborgen.  
Vier Menschen werden noch vermisst, berichtet Andreas Pfeiffer.  
Am frühen Morgen ist der britische Frachter Varsity  
mit einem polnischen Handelsschiff  
aus noch unbekanntem Gründen kollidiert und in der Folge gesunken.  
Nach der Rettung zweier Seemänner  
und der Bergung eines Toten  
läuft eine großangelegte Suchaktion  
nach vier vermissten Menschen weiter.  
Zu Wasser und aus der Luft, bislang erfolglos,  
sagt der Leiter des Kuchshafener Havari-Kommandos Robbie Renner.  
Wenn das so ist, kann es die Chance geben.  
Und ich betone, es ist nur eine Chance,  
dass sie im Schiffskörper eingeschlossen sind.  
Taucher werden zu Varsity tauchen und schauen,  
ob es irgendwelche Lebenszeichen gibt.  
Auch Umweltschäden können noch nicht ausgeschlossen werden.  
Das gesunkene Schiff transportierte Stahlteile  
und war mit noch weitgehend gefüllten Dieseltanks unterwegs.  
Das vielbefahrene Seegebiet vor der Insel Helgoland  
ist derzeit gesperrt.  
Berichtet Andreas Pfeiffer aus Berlin  
und nun ins Nachrichtenstudio zu Tom Brandenburg.  
Im Gaserstreifen sind nach Angaben  
der Weltgesundheitsorganisation WHO  
rund 130 Frischen und etwa 1.000 Dialyse-Patienten  
sowie Menschen auf Intensivstationen in Lebensgefahr,  
weil die Stromversorgung zur Neige geht.  
Die WHO rief noch einmal dringend  
zu einer humanitären Feuerpause auf,  
um der notleidenden Bevölkerung helfen zu können.  
Vor allem müsse dringend Treibstoff  
für den Betrieb von Generatoren geliefert werden.  
In der Europäischen Union soll künftig  
deutlich weniger Verpackungsmüll anfallen.  
Die Abgeordneten im Umweltausschuss des Europaparlaments  
stimmten im Brüssel für ein Paket,  
das unter anderem 20% weniger Plastikverpackungen

bis 2040 vorsieht.

Leichte Plastiktüten sollen demnach weitgehend verboten werden.

Gaststätten sollen Einwegverpackungen

durch wiederverwendbares Geschirr ersetzen.

Die weltweite Zerstörung von Wäldern

hat im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2021

um 4% zugenommen.

Das zeigt ein Bericht der von mehreren

wissenschaftlichen Organisationen und zivilen Verbänden

in Washington veröffentlicht wurde.

Insgesamt sind demnach 6,6 Millionen Hektar Wälder verloren gegangen,

96% davon in tropischen Regionen.

Und das Wetter morgen mildt und eine Mischung

aus Sonne und Wolken im Süden ist es meist bewölkt,

entlang der Donau dafür länger Sonne.

Das ist der einzelne Schauer von Vor-Adelberg bis Kärnten

und die höchstwerte Morgen von 12 bis 18 Grad.

Danke, Tom Brandenberger.

Das war auch schön.

Das Abendjournal am 24. Oktober 2023.

Katharina A.

Technik, Julio Schmuck, Regie und andere.

Wir waren ja schon alt im Heute.

Wir wünschen einen angenehmen Abend.

Das gleich mit dem Journal Panorama.

Ö1-Journal Panorama

Guten Abend.

Ich bin Katharina A.